

Kreis Paderborn, Der Landrat
Zentrale eVergabe- und Submissionsstelle,
Aldegrevestraße 10-14, 33102 Paderborn

An Firma

Ort, Datum
Paderborn,

Zuständige/-r Mitarbeiter/-in

Telefon Telefax

05251/308-

Vergabe-Nr.

Vergabeart

Einreichungstermin/Eröffnungstermin

Datum

Uhrzeit

Ende der Bindefrist

AUFFORDERUNG ZUR ABGABE EINES ANGEBOTS

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt! Nicht mit dem Angebot zurücksenden!)

Bezeichnung der Bauleistung:

Vergabenummer Leistung

Anlagen

A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind:

☐ Teilnahmebedingungen (Stand Oktober 2016)

☐☐☐☐

B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden:

☐ Besondere Vertragsbedingungen zur Einhaltung des Tariftreue- u. Vergabegesetzes NRW

☐☐☐☐☐

C) die ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:

- ☐ Angebotsschreiben
- ☐ Leistungsverzeichnis
- ☐ Eigenerklärung zur Eignung (für nicht präqualifizierte Unternehmen)
- ☐ Ausfüllen des Preisblattes bei elektronisch eingereichten Angeboten wünschenswert
- ☐ GAEB-Dateien
- ☐ Nachunternehmerleistungen
- ☐ Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐
- ☐

D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind:

- ☐ Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung – Nachunternehmer/Unterauftragnehmer
- ☐ Aufgliederung der Einheitspreise
- ☐
- ☐

1) Es ist beabsichtigt, die in der beiliegenden Leistungsbeschreibung bezeichneten Bauleistungen im Namen und für Rechnung

zu vergeben.

2) Auskünfte

Auskünfte werden erteilt durch/über

**Kreis Paderborn
-Zentrale eVergabe- und Submissionsstelle-
Aldegrevestraße 10-14, 33102 Paderborn
Vergabeportal der Deutschen eVergabe
<http://www.deutsche-evergabe.de/>**

bis zum .

3) Vorlage von Nachweisen/Angaben/Unterlagen

Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,00 € für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung (Angebotsschreiben Nr. 8) eine Abfrage aus dem Wettbewerbsregister veranlassen.

3.1) Folgende Nachweise/Angaben/Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:

☐ siehe Punkt c)

☐☐

3.2) Folgende Nachweise/Angaben/Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen:

☐ siehe Punkt d)

☐☐

4) Losweise Vergabe

☐ nein

☐ ja, Angebote sind möglich

☐ nur für ein Los

☐ für ein Los oder mehrere Lose

☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

5) Nebenangebote

☐ werden nicht zugelassen

☐ werden zugelassen

☐ für die gesamte Leistung

☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:

☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

unter folgenden weiteren Bedingungen:

☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot

☐

6) Angebote können abgegeben werden:

- ☐ schriftlich
- ☐ elektronisch in Textform
- ☐ elektronisch mit fortgeschrittener Signatur
- ☐ elektronisch mit qualifizierter Signatur

7) Angebotsabgabe

Falls Sie bereit sind, die Leistung zu übernehmen, muss bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur zu versehen. Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabepattform der Deutschen eVergabe Healy Hudson zu übermitteln. Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen des Angebots sind bis zum Ende der vorseitig genannten Angebotsfrist in entsprechender Form wie das Angebot einzureichen.

Bis zum Ende der Angebotsfrist kann das Angebot schriftlich, fernschriftlich oder elektronisch zurückgezogen werden. Danach sind Sie bis zum Ablauf der vorseitig genannten Bindefrist an Ihr Angebot gebunden.

8) Nachprüfstelle gem. § 21 VOB/A

Bezirksregierung Detmold, Leopoldstraße 15, 32756 Detmold

9) Datenschutzklausel:

Die von Ihnen erbetenen, personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Ihre Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung ihres Angebotes nach der VOB.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Teilnahmebedingungen für die Vergabe von Bauleistungen

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt, nicht mit dem Angebot zurückgeben)

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot kann ausgeschlossen werden.

3.3 Eine selbstgefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist jedoch allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb können Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen werden.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und
- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

4 Unterlagen zum Angebot

Der Bieter hat auf Verlangen der Vergabestelle die Urkalkulation und/oder die von ihr benannten Formblätter mit Angaben zur Preisermittlung sowie die Aufgliederung wichtiger Einheitspreise ausgefüllt zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. Dies gilt auch für Nachunternehmerleistungen.

5 Nebenangebote

5.1 Soweit an Nebenangebote Mindestanforderungen gestellt sind, müssen diese erfüllt werden; im Übrigen müssen sie im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen bzw. die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

5.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.
Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Bauleistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

5.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).

5.4 Nebenangebote, die den Nummern 5.1 bis 5.3 nicht entsprechen, können von der Wertung ausgeschlossen werden.

6 Bietergemeinschaften

- 6.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

- 6.2 Sofern nicht öffentlich ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeförderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

7 Einsatz von Nachunternehmern

Soweit sich aus den Vergabeunterlagen nichts Abweichens ergibt, ist der Einsatz von Nachunternehmern zulässig. Der Bieter gibt in seinem Angebot an, ob er beabsichtigt, Teile der Leistung von Nachunternehmern ausführen zu lassen oder nicht. Beabsichtigt der Bieter Teile der Leistung von Nachunternehmern ausführen zu lassen, muss er in seinem Angebot Art und Umfang der durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf Verlangen die vorgesehenen Nachunternehmen benennen.

Der Bieter muss darüber hinaus nachweisen, dass er auf die Mittel des Nachunternehmers im Falle der Zuschlagserteilung tatsächlich zugreifen können. Dieser Nachweis erfolgt durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung, in welcher der Nachunternehmer sich für den Fall der Erteilung des Zuschlags an den betreffenden Bieter unwiderruflich verpflichtet, seine Mittel während der Auftragsabwicklung zur Verfügung zu stellen.

Die Verpflichtungserklärung ist im Fall des Nachunternehmereinsatzes auf Anforderung der Vergabestelle spätestens vor Zuschlagserteilung vorzulegen.

Der Nachunternehmer muss die geltenden Eignungsanforderungen ebenso erfüllen, wie der Bewerber/Bieter. Insoweit ist der Bieter verpflichtet, auf Anforderung der Vergabestelle die entsprechenden Erklärungen des Nachunternehmers vorzulegen.

8 Eignung

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung die von der Vergabestelle geforderten Eigenerklärungen bzgl. der Eignung vorzulegen, ggfs. ergänzt durch auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in den Eigenerklärungen genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte Nachunternehmern) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist.

9 Grundsätze der Informationsübermittlung

Sämtliche Kommunikation im Rahmen des Vergabeverfahrens findet ausschließlich in deutscher Sprache über den mitgeteilten Kommunikationsweg statt.

Verstöße gegen den mitgeteilten Kommunikationsweg (z. B. telefonische Kontaktaufnahmen) können als Verletzung vergaberechtlicher Grundsätze bewertet werden (Wettbewerbsprinzip, Gleichbehandlungs- und Transparenzgebot) und zum Verfahrensausschluss führen.

Fragen und erbetene zusätzliche Auskünfte zu den Vergabeunterlagen sind bis zum über den vorgegebenen Kommunikationsweg zu stellen.

10 Vertraulichkeit / Nutzungsrechte

Alle Unterlagen, die dem Bewerber / Bieter im Zusammenhang mit der Erstellung des Teilnahmeantrages und der Angebotserstellung sowie nach Erteilung des Zuschlages durch die Vergabestelle oder dem Auftraggeber überlassen werden, dürfen von ihm nicht für andere Zwecke als der Teilnahme an diesem Vergabeverfahren bzw. der Auftragsabwicklung verwendet, vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden. Veröffentlichungen über die Gesamtleistung durch den Auftragnehmer selbst oder durch Dritte auf Veranlassung des Auftragnehmers sind nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Das gilt auch für die Veröffentlichung von Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen, für Lichtbild-, Film-, Rundfunk- und Fernsehaufnahmen sowie für die Veröffentlichung von Informationen.

11 Kennzeichnung von Geheimnissen

Der Bewerber / Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Teilnahmeantrages und seines Angebotes, die ein Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, auf jeder betreffenden Seite deutlich zu kennzeichnen. Der allgemeine Hinweis auf die Vertraulichkeit der Unterlagen reicht nicht aus.

12 Datenverarbeitung

Der Bewerber/Bieter erklärt sich mit der Abgabe seines Teilnahmeantrages/Angebotes damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können.

13 Verhandlungen

Soweit sich aus den Vergabeunterlagen nichts Abweichendes ergibt, behält sich der Auftraggeber vor, über das Angebot zu verhandeln.

14 Kosten für die Teilnahme an Vergabeverfahren

Für die Erstellung und die Einreichung von Teilnahmeanträgen und Angeboten sowie für die Teilnahme an dem Interview bzw. den Verhandlungsgesprächen erstattet der Auftraggeber keine Kosten.